



Beschlussbuch

LPR-Sitzung vom 02.03.2011

(verwiesene Anträge vom 23. Landesparteitag 30./31. Oktober 2010)

Antrag-Nummer	Antragsinhalt	Ergebniss
21	Bauordnung vereinfachen: schnell, verständlich und rechtssicher	Antrag mit Änderung beschlossen
44	Generationengerechtigkeit jetzt! Für die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung	Antrag mit Änderung beschlossen
10	Angemessene Entschädigung für alle Opfer des SED-Unrechtsregimes	Antrag mit Änderungen beschlossen
64	PKW-Maut	Antrag zurückgezogen
12	Zusammenlegung von Landesbehörden und Ministerien	Antrag abgelehnt
26	Tourismus	Antrag mit Änderungen beschlossen
47	Keine Gewerbesteuer für Freiberufler	Antrag angenommen
33	Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000€ anheben	Antrag mit Änderungen beschlossen
56	Thüringer FDP steht für eine moderne „Polit-Etikette“! <u>Denn</u> : Ohne ehrliche, respektvolle, verständliche öffentliche Kommunikation – keine aktuell und nachhaltig wirksame liberale Politik	Antrag abgelehnt
24	Über den Tellerrand schauen: Liberale Wirtschaftspolitik begreift Thüringen als leistungsfähiges und leistungswilliges Flächenland mitten in Europa	Antrag mit Änderungen beschlossen
38	Kindeswohl stärken – unverheirateten Müttern und Vätern gemeinsames Sorgerecht einräumen	Antrag mit Änderungen beschlossen
36	Herdprämie streichen – Thüringer Erziehungsgeld abschaffen!	Antrag zurückgezogen
46	Dauerhafte auskömmliche Absicherung zukünftiger Pensionszahlungen	Antrag mit Änderung beschlossen
15	Für ein einfaches und gerechtes Vergabeverfahren	Antrag beschlossen
16	Effizienter und verantwortungsbewusster Mitteleinsatz bei öffentlichen Bauvorhaben	Antrag beschlossen
27	Pro Fortführung contra Zerschlagung – Stärkung des Mittelstandes durch Erweiterung der Bürgerschaftsmöglichkeiten im Insolvenzfall	Antrag zurückgezogen

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Bauordnung vereinfachen: schnell, verständlich und rechtssicher

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen setzt sich für eine tatsächliche Vereinfachung der Thüringer Bauordnung bei zugleich verbesserter Rechtssicherheit ein. Dabei sollen bisher vorgenommene Vereinfachungen wegen bestehender Probleme in der bevorstehenden Fortschreibung nicht einfach zurückgenommen werden, sondern durch klare, unmissverständliche Formulierungen Fortschritte erzielt werden und bei Anzeigeverfahren mehr Rechtssicherheit durch die Einführung von Verfristungen, nach denen behördliche Beanstandungen nicht mehr möglich sind, erreicht werden. Darüber hinaus ist der Zeitraum zu verkürzen, nach dessen Ablauf ein beantragtes Vorhaben als genehmigt gilt, sofern bis zum Ablauf dieser Frist kein anders lautender Bescheid eingeht (so genannte Genehmigungsfiktion).

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Generationengerechtigkeit jetzt!

Für die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung. Mit Blick auf die milliardenschwere Verschuldung des Freistaats ist klar: Den bisherigen Regelungen mangelte es erheblich an Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit. Die nun vorgeschlagene Schuldenbremse hilft diesen Schwächen ab.

Neue Verschuldungsregelung

Der Landeshaushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Über Abweichungen beschließt der Landtag mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder, wenn zugleich ein verbindlicher Tilgungsplan vorgelegt wird.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Angemessene Entschädigung für alle Opfer des kommunistisches Unrechtsregimes
in der SBZ/DDR

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf

- eine angemessene Anerkennung für alle betroffenen Gruppen aus dem kommunistischen Unrechtsregime in der SBZ/DDR weiter voranzutreiben.
- in Bundestag und Bundesrat auch weiterhin darauf hinzuwirken auch die in der DDR Zwangsausgesiedelten und andere noch nicht oder nicht vollständig rehabilitierte Opfergruppen, nach dem im Grundgesetz verankerten Gebot der Gleichbehandlung
 - a) als Opfer anzuerkennen und
 - b) sie vollständig moralisch zu rehabilitieren und angemessen finanziell zu entschädigen.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30. - 31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Tourismus

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um Thüringen als Tourismusstandort besser bekannt zu machen. Dies gilt besonders für eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Landkreisen sowie den Fachverbänden, Initiativen und zwischen den Landkreisen untereinander. Es geht darum, auf großen Fachmessen besser gemeinsam aufzutreten, z.B. auf der ITB Berlin. Ziel muss sein, Thüringen als Ganzes mit seinen Regionen zu vermarkten.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Keine Gewerbesteuer für Freiberufler

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen spricht sich gegen eine Ausweitung der Gewerbesteuer für Freiberufler aus.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro
anheben**

Der Landesparteirat hat am 03.02.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert, die Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro anzuheben. Der Landesverband stellt diesen Antrag zum Bundesparteitag.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Über den Tellerrand schauen: Liberale Wirtschaftspolitik begreift Thüringen als leistungsfähiges
und leistungswilliges Flächenland mitten in Europa**

Der Landesparteirat hat am 03.02.2011 beschlossen:

Libérale Wirtschaftspolitik begreift den Freistaat Thüringen als leistungsfähiges und leistungswilliges Flächenland inmitten Europas. Liberale Wirtschaftspolitik setzt deshalb nicht auf einseitige Förderung zentraler Wachstumskerne, sondern auf starke Regionen über die Landesgrenzen hinweg. So wie die Region Ostthüringen über bislang unzureichend genutzte Wachstumspotenziale in dem Viereck Eisenberg – Altenburg – Zwickau – Hof sowie über die Chance zur gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung des Vogtlands mit Sachsen, Bayern und der Tschechischen Republik verfügt, bietet für Nordthüringen die Vernetzung mit Niedersachsen, Hessen und Sachsen – Anhalt, für West – und Südthüringen mit Hessen und Bayern noch immer erhebliche Ressourcen, die es zu nutzen gilt.

Dabei geht es nicht darum, im „Gießkannenprinzip“ Steuergelder uneffektiv gleichmäßig zu verteilen. Die Förderung bzw. Unterstützung von Wachstumskernen darf sich in einem Flächenland wie Thüringen jedoch gerade deshalb nicht vordergründig über Standorte definieren. Ländliche Räume stärken heißt Thüringen stärken. Liberale Wirtschaftspolitik legt zudem ein wesentliches Augenmerk darauf, einen angemessenen Interessenausgleich im Dialog mit den Nachbarregionen zu schaffen. So ist dafür Sorge zu tragen, dass ein fairer Wettbewerb ermöglicht und unterschiedliche Vergabebedingungen harmonisiert werden, um bestehende Benachteiligungen Thüringer Unternehmen abzubauen. In diesem Sinne ist liberale Wirtschaftspolitik gehalten, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge wettbewerbsrechtliche Anforderungen entspricht, Bürokratie auf das notwendige Minimum reduziert wird und einheimische Unternehmen nicht benachteiligt werden.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Kindeswohl stärken - unverheirateten Müttern und Vätern gemeinsames
Sorgerecht einräumen**

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass das Recht der elterlichen Sorge derart geändert wird, unverheirateten Eltern ein gemeinsames Sorgerecht einzuräumen und sich in diesem Zusammenhang für Regelungen einzusetzen, die

1. das gemeinsame Sorgerecht beider Eltern gesetzlich begründen,
2. ein gesetzliches Widerspruchsrecht der Mutter nur vorsehen, wenn die gemeinsame Sorge nicht dem Kindeswohl entspricht und
3. auch ledige Väter berücksichtigt, deren Kinder vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften geboren wurden.

Der Landesverband stellt diesen Antrag zum Bundesparteitag.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Dauerhafte auskömmliche Absicherung zukünftiger Pensionszahlungen

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert, für die Pensionsansprüche der heute aktiven Landesbeamten bereits ab jetzt versicherungsmathematisch ausreichende Rückstellungen zu bilden. Diese kapitalgedeckten Rückstellungen müssen eine solide Finanzierung der entstehenden Pensionsverpflichtungen ermöglichen, wenn die Landesbeamten in den Ruhestand gehen. Das Land Thüringen soll damit sofort beginnen. Alle Bundesländer haben im neuen Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag bei einem Wechsel eines Beamten zu einem neuen Dienstherrn pauschale Abfindungen für bereits beim früheren Dienstherrn angesammelte Versorgungsansprüche vereinbart. Diese Zahlungen sollen im Falle eines Wechsels von Beamten nach Thüringen in diese Rückstellungen gestellt werden.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Für ein einfaches und gerechtes Vergabeverfahren

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

1. Die FDP Thüringen setzt sich für ein einfaches und transparentes Vergabeverfahren im Freistaat Thüringen ein.
2. Die FDP Thüringen lehnt die Schaffung eines eigenen Vergabegesetzes grundsätzlich ab.
3. Für den Fall, dass die Einführung eines Vergabegesetzes nicht verhindert werden kann, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, den Thüringer Mittelstand aktiv zu unterstützen. Zudem muss ein Thüringer Vergabegesetz frei von vergabefremden, unpraktikablen und nichtjudikablen Kriterien sein.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Effizienter und verantwortungsbewusster Mitteleinsatz bei öffentlichen
Bauvorhaben**

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich bei öffentlichen Bauvorhaben mit Nachdruck für einen effizienten und verantwortungsbewussten Mitteleinsatz ebenso einzusetzen wie für die Durchsetzung der gebotenen Maßnahmen der Projektsteuerung, Kontrolle, Bauoberleitung und Bauüberwachung und die Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Standards und Vorschriften.

Antrag-Nummer	Antragsinhalt	Ergebniss
21	Bauordnung vereinfachen: schnell, verständlich und rechtssicher	Antrag mit Änderung beschlossen
44	Generationengerechtigkeit jetzt! Für die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung	Antrag mit Änderung beschlossen
10	Angemessene Entschädigung für alle Opfer des SED-Unrechtsregimes	Antrag mit Änderungen beschlossen
64	PKW-Maut	Antrag zurückgezogen
12	Zusammenlegung von Landesbehörden und Ministerien	Antrag abgelehnt
26	Tourismus	Antrag mit Änderungen beschlossen
47	Keine Gewerbesteuer für Freiberufler	Antrag angenommen
33	Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000€ anheben	Antrag mit Änderungen beschlossen
56	Thüringer FDP steht für eine moderne „Polit-Etikette“! <u>Denn</u> : Ohne ehrliche, respektvolle, verständliche öffentliche Kommunikation – keine aktuell und nachhaltig wirksame liberale Politik	Antrag abgelehnt
24	Über den Tellerrand schauen: Liberale Wirtschaftspolitik begreift Thüringen als leistungsfähiges und leistungswilliges Flächenland mitten in Europa	Antrag mit Änderungen beschlossen
38	Kindeswohl stärken – unverheirateten Müttern und Vätern gemeinsames Sorgerecht einräumen	Antrag mit Änderungen beschlossen
36	Herdprämie streichen – Thüringer Erziehungsgeld abschaffen!	Antrag zurückgezogen
46	Dauerhafte auskömmliche Absicherung zukünftiger Pensionszahlungen	Antrag mit Änderung beschlossen
15	Für ein einfaches und gerechtes Vergabeverfahren	Antrag beschlossen
16	Effizienter und verantwortungsbewusster Mitteleinsatz bei öffentlichen Bauvorhaben	Antrag beschlossen
27	Pro Fortführung contra Zerschlagung – Stärkung des Mittelstandes durch Erweiterung der Bürgerschaftsmöglichkeiten im Insolvenzfall	Antrag zurückgezogen

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Bauordnung vereinfachen: schnell, verständlich und rechtssicher

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen setzt sich für eine tatsächliche Vereinfachung der Thüringer Bauordnung bei zugleich verbesserter Rechtssicherheit ein. Dabei sollen bisher vorgenommene Vereinfachungen wegen bestehender Probleme in der bevorstehenden Fortschreibung nicht einfach zurückgenommen werden, sondern durch klare, unmissverständliche Formulierungen Fortschritte erzielt werden und bei Anzeigeverfahren mehr Rechtssicherheit durch die Einführung von Verfristungen, nach denen behördliche Beanstandungen nicht mehr möglich sind, erreicht werden. Darüber hinaus ist der Zeitraum zu verkürzen, nach dessen Ablauf ein beantragtes Vorhaben als genehmigt gilt, sofern bis zum Ablauf dieser Frist kein anders lautender Bescheid eingeht (so genannte Genehmigungsfiktion).

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Generationengerechtigkeit jetzt!

Für die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung. Mit Blick auf die milliardenschwere Verschuldung des Freistaats ist klar: Den bisherigen Regelungen mangelte es erheblich an Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit. Die nun vorgeschlagene Schuldenbremse hilft diesen Schwächen ab.

Neue Verschuldungsregelung

Der Landeshaushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Über Abweichungen beschließt der Landtag mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder, wenn zugleich ein verbindlicher Tilgungsplan vorgelegt wird.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Angemessene Entschädigung für alle Opfer des kommunistisches Unrechtsregimes
in der SBZ/DDR

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf

- eine angemessene Anerkennung für alle betroffenen Gruppen aus dem kommunistischen Unrechtsregime in der SBZ/DDR weiter voranzutreiben.
- in Bundestag und Bundesrat auch weiterhin darauf hinzuwirken auch die in der DDR Zwangsausgesiedelten und andere noch nicht oder nicht vollständig rehabilitierte Opfergruppen, nach dem im Grundgesetz verankerten Gebot der Gleichbehandlung
 - a) als Opfer anzuerkennen und
 - b) sie vollständig moralisch zu rehabilitieren und angemessen finanziell zu entschädigen.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30. - 31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Tourismus

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um Thüringen als Tourismusstandort besser bekannt zu machen. Dies gilt besonders für eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Landkreisen sowie den Fachverbänden, Initiativen und zwischen den Landkreisen untereinander. Es geht darum, auf großen Fachmessen besser gemeinsam aufzutreten, z.B. auf der ITB Berlin. Ziel muss sein, Thüringen als Ganzes mit seinen Regionen zu vermarkten.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Keine Gewerbesteuer für Freiberufler

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen spricht sich gegen eine Ausweitung der Gewerbesteuer für Freiberufler aus.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro
anheben**

Der Landesparteirat hat am 03.02.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert, die Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro anzuheben. Der Landesverband stellt diesen Antrag zum Bundesparteitag.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Über den Tellerrand schauen: Liberale Wirtschaftspolitik begreift Thüringen als leistungsfähiges
und leistungswilliges Flächenland mitten in Europa**

Der Landesparteirat hat am 03.02.2011 beschlossen:

Libérale Wirtschaftspolitik begreift den Freistaat Thüringen als leistungsfähiges und leistungswilliges Flächenland inmitten Europas. Liberale Wirtschaftspolitik setzt deshalb nicht auf einseitige Förderung zentraler Wachstumskerne, sondern auf starke Regionen über die Landesgrenzen hinweg. So wie die Region Ostthüringen über bislang unzureichend genutzte Wachstumspotenziale in dem Viereck Eisenberg – Altenburg – Zwickau – Hof sowie über die Chance zur gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung des Vogtlands mit Sachsen, Bayern und der Tschechischen Republik verfügt, bietet für Nordthüringen die Vernetzung mit Niedersachsen, Hessen und Sachsen – Anhalt, für West – und Südthüringen mit Hessen und Bayern noch immer erhebliche Ressourcen, die es zu nutzen gilt.

Dabei geht es nicht darum, im „Gießkannenprinzip“ Steuergelder uneffektiv gleichmäßig zu verteilen. Die Förderung bzw. Unterstützung von Wachstumskernen darf sich in einem Flächenland wie Thüringen jedoch gerade deshalb nicht vordergründig über Standorte definieren. Ländliche Räume stärken heißt Thüringen stärken. Liberale Wirtschaftspolitik legt zudem ein wesentliches Augenmerk darauf, einen angemessenen Interessenausgleich im Dialog mit den Nachbarregionen zu schaffen. So ist dafür Sorge zu tragen, dass ein fairer Wettbewerb ermöglicht und unterschiedliche Vergabebedingungen harmonisiert werden, um bestehende Benachteiligungen Thüringer Unternehmen abzubauen. In diesem Sinne ist liberale Wirtschaftspolitik gehalten, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge wettbewerbsrechtliche Anforderungen entspricht, Bürokratie auf das notwendige Minimum reduziert wird und einheimische Unternehmen nicht benachteiligt werden.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Kindeswohl stärken - unverheirateten Müttern und Vätern gemeinsames
Sorgerecht einräumen**

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass das Recht der elterlichen Sorge derart geändert wird, unverheirateten Eltern ein gemeinsames Sorgerecht einzuräumen und sich in diesem Zusammenhang für Regelungen einzusetzen, die

1. das gemeinsame Sorgerecht beider Eltern gesetzlich begründen,
2. ein gesetzliches Widerspruchsrecht der Mutter nur vorsehen, wenn die gemeinsame Sorge nicht dem Kindeswohl entspricht und
3. auch ledige Väter berücksichtigt, deren Kinder vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften geboren wurden.

Der Landesverband stellt diesen Antrag zum Bundesparteitag.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Dauerhafte auskömmliche Absicherung zukünftiger Pensionszahlungen

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die FDP Thüringen fordert, für die Pensionsansprüche der heute aktiven Landesbeamten bereits ab jetzt versicherungsmathematisch ausreichende Rückstellungen zu bilden. Diese kapitalgedeckten Rückstellungen müssen eine solide Finanzierung der entstehenden Pensionsverpflichtungen ermöglichen, wenn die Landesbeamten in den Ruhestand gehen. Das Land Thüringen soll damit sofort beginnen. Alle Bundesländer haben im neuen Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag bei einem Wechsel eines Beamten zu einem neuen Dienstherrn pauschale Abfindungen für bereits beim früheren Dienstherrn angesammelte Versorgungsansprüche vereinbart. Diese Zahlungen sollen im Falle eines Wechsels von Beamten nach Thüringen in diese Rückstellungen gestellt werden.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

Für ein einfaches und gerechtes Vergabeverfahren

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

1. Die FDP Thüringen setzt sich für ein einfaches und transparentes Vergabeverfahren im Freistaat Thüringen ein.
2. Die FDP Thüringen lehnt die Schaffung eines eigenen Vergabegesetzes grundsätzlich ab.
3. Für den Fall, dass die Einführung eines Vergabegesetzes nicht verhindert werden kann, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, den Thüringer Mittelstand aktiv zu unterstützen. Zudem muss ein Thüringer Vergabegesetz frei von vergabefremden, unpraktikablen und nichtjudikablen Kriterien sein.

**23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza**

Seite 1 von 1

LPR-Beschluss

**Effizienter und verantwortungsbewusster Mitteleinsatz bei öffentlichen
Bauvorhaben**

Der Landesparteirat hat am 02.03.2011 beschlossen:

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich bei öffentlichen Bauvorhaben mit Nachdruck für einen effizienten und verantwortungsbewussten Mitteleinsatz ebenso einzusetzen wie für die Durchsetzung der gebotenen Maßnahmen der Projektsteuerung, Kontrolle, Bauoberleitung und Bauüberwachung und die Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Standards und Vorschriften.